



Antrag

der Fraktion des SSW

Schwangerschaftsabbrüche im Raum Flensburg

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass das derzeit bestehende ambulante und stationäre Angebot zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen in Schleswig-Holstein gesichert und ausgebaut werden muss, um das Menschenrecht auf Familienplanung und reproduktive Selbstbestimmung zu gewährleisten

Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass die Landesregierung dafür Sorge zu tragen hat, dass dem Versorgungsauftrag im Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) Rechnung getragen wird.

In diesem Kontext nimmt der Landtag mit großer Enttäuschung zur Kenntnis, dass sich abzeichnet, dass der absehbare Rückzug aus dem stationären Angebot für Schwangerschaftsabbrüche am Standort Flensburg nicht ausgeglichen wird.

Die sich abzeichnende medizinische Versorgungslücke hat eine besondere Brisanz, da das Fördekrankenhaus Katharinen-Hospital in Trägerschaft der evangelisch-lutherischen und katholischen Träger Diako und Malteser das Einzige in Flensburg ist und stationäre operative Schwangerschaftsabbrüche so im Stadtgebiet und der gesamten Region massiv erschwert werden. Gleichzeitig ist ein Rückgang des ambulanten Angebots zu beobachten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedankt sich bei dem in der Stadt Flensburg gegründeten „Arbeitskreis Schwangerschaftsabbrüche“, der sich auf kommunaler Ebene mit den Möglichkeiten zum Erhalt einer ausreichenden Versorgungslage auseinandergesetzt hat.

Vor dem Hintergrund der Verantwortung des Landes, fordert der Landtag die Landesregierung dazu auf, sich als Sofortmaßnahme sowohl an dem möglichen

Sozialfonds in Flensburg, aber insbesondere auch an dem Projekt „Abortion Buddy“ finanziell zu beteiligen und in diesbezügliche Gespräche mit der Stadt Flensburg einzutreten.

Weiter bittet der Landtag die Landesregierung, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass Einrichtungen sowie Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen und Beratungseinrichtungen sowie ungewollt Schwangere, effektiv vor Gefährdung, Diskriminierung und Hass geschützt werden.

Begründung:

Mit der Beschlussvorlage SUG-14/2025 haben der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Flensburg am 23.06.2025 und der Gleichstellungsausschuss am 09.07.2025 u. a. beschlossen, den Oberbürgermeister der Stadt Flensburg zu beauftragen, die Option eines Sozialfonds zur Unterstützung von ungewollt Schwangeren zu prüfen und das Projekt des sogenannten „Abortion Buddy“ im Rahmen einer dreijährigen Projektfinanzierung zu fördern.

Es obliegt der Landesregierung, ein ausreichendes und gut zugängliches Beratungsangebot für schwangere Personen sicherzustellen, sowie dafür Sorge zu tragen, dass schwangere Personen ungehinderten Zugang zu Einrichtungen haben, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Christian Dirschauer

Jette Waldinger-Thiering

und Fraktion